

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettsbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

Vorhaben	Federführung	Vorhabenart	Beschreibung des Vorhabens	Zustimmungspflicht BR
November				
5. GE Änd. Straßenverkehr	BMV	Gesetz Bundesregierung	GE enthält vor allem Rechtsgrundlagen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und Fahrzeugdokumenten (digitaler Führerschein, digitaler Fahrzeugschein, digitale Parkraumkontrolle, digitaler Datenaustausch in der Verwaltung aus dem zentralen Fahrzeugregister). Zudem wird ein zeitgemäßer einfacher online-Zugang zu Fahrzeugdaten beim KBA ermöglicht. Darüber hinaus erweitert der Entwurf die Befugnisse der BAST bei der Erhebung von Forschungsdaten zur Untersuchung von Unfällen im Straßenverkehr in Verfolgung der vision zero.	Ja
FH zu Änderungsantrag zu: noch nicht festgelegtem GE (§ 96 Abs. 4 AufenthG, GB und Nordirland)	BMI	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Mit der in der Formulierungshilfe vorgesehenen Erweiterung des Anwendungsbereichs von § 96 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes auf das Einschleusen von Ausländern in das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland wird dem Anstieg der Schleusungen in das Vereinigte Königreich Rechnung getragen.	Offen
Bericht Maßnahmen für Bürokratierückbau	BMDS	Bericht	Die Bundesregierung entlastet Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bereits effektiv von Bürokratie. Der Bericht gibt einen Überblick über die bereits beschlossenen Vorhaben und gibt einen Ausblick, welche Vorhaben auf nationaler und EU-Ebene zum Bürokratierückbau beitragen werden.	Nein
Bericht Bundesinteresse §65 BHO 2025	BMF	Bericht	Prüfung der Voraussetzungen nach § 65 BHO für die privatrechtlichen Beteiligungen des Bundes.	Nein
Eckpunkte zu Initiative Einführung von KI im Visumverfahren	AA	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Die Eckpunkte dienen der Information des Kabinetts über den Stand und die weiteren Schritte bei der geplanten Einführung von Künstlicher Intelligenz im Migrationsbereich und insbesondere im Visumverfahren. Nach der Digitalisierung der Antragsannahme im Visumverfahren ist der Einsatz von KI das nächste entscheidende Mittel, um die Verfahren zu beschleunigen, effizienter und sicherer zu machen. Für die Einführung dieses neuen Verfahrens erarbeiten das Bundesministerium des Inneren und das Auswärtige Amt gemeinsam eine grundrechts- und datenschutzkonforme Regelung, die die angemessene Balance zwischen Rechtssicherheit und Zukunftsoffenheit wahrt.	Nein
GE Ausführung UN-Hochseeschutzabkommen	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Entwurf des Hochseeschutzgesetzes setzt die völkerrechtlichen Vorgaben des UN-Hochseeschutzübereinkommens in nationales Recht um und regelt die nähere Ausgestaltung, wie u.a. Vorgaben zu gebietsbezogenen Managementinstrumenten und Meeresschutzgebieten sowie zu Umweltverträglichkeitsprüfungen auf der Hochsee.	Nein
GE Bürokratierückbau Gewerbeordnung	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Mit dem Gesetz sollen entbehrliche und nicht zwingend erforderliche Vorschriften und Berichtspflichten aufgehoben werden. So werden die regelmäßige Weiterbildungspflicht von Immobilienmaklern und Wohnimmobilienverwaltern nach § 34c Absatz 2a der Gewerbeordnung und die gesetzliche Grundlage für die Maßnahme "Nationales Heizungslabel" abgeschafft werden.	Ja
AVV Änd. Pass und Personalausweis	BMI	AVV	Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften werden an neu gefasste gesetzliche Grundlagen angepasst.	Ja
GE Umsetzung Informationsaustauschrichtlinie	BMI	Gesetz Bundesregierung	Umsetzung der Informationsaustauschrichtlinie (Richtlinie (EU) 2023/977) zur Regelung des Informationsaustausches zwischen Strafverfolgungsbehörden der EU MS und im Schengen-Raum.	Ja
Wohnraumüberwachungsbericht 2024	BMJV	Bericht	Gemäß Artikel 13 Absatz 6 Satz 1 des Grundgesetzes hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag jährlich über Maßnahmen der akustischen Wohnraumüberwachung zu Zwecken der Strafverfolgung sowie über entsprechende Maßnahmen, die im Zuständigkeitsbereich des Bundes zu präventiven Zwecken durchgeführt worden sind, zu unterrichten. Mit dem sogenannten Wohnraumüberwachungsbericht kommt die Bundesregierung ihrer Verpflichtung für das Berichtsjahr 2024 nach.	Nein
GE Ratifizierung UN-Hochseeschutzabkommen	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Entwurf enthält das Ratifizierungsgesetz für das UN-Hochseeschutzabkommen (engl. biodiversity beyond national jurisdiction – BBNJ), das Deutschland im September 2023 als einer der ersten Staaten unterzeichnet hat. Durch die Ratifizierung wird Deutschland Vertragspartei des Übereinkommens.	Ja
2. Bericht Evaluierung Investitionsgesetz Kohleregionen	BMWE	Bericht	Das Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) ist seit August 2020 in Kraft und unterstützt den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen. Gemäß § 26 Abs. 1 InvKG ist das BMWE verpflichtet, alle zwei Jahre die Wirkungen der Maßnahmen auf die Zielgrößen Wertschöpfung, Arbeitsmarkt und kommunales Steueraufkommen zu untersuchen. Für die begleitende Evaluierung der ersten Förderperiode 2020–2026 wurden die Leibniz-Institute für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) und Essen (RWI) beauftragt. Der nun vorliegende Evaluierungsbericht deckt den Zeitraum von August 2020 bis Dezember 2024 ab und zeigt, dass die Mittelverwendung zielgerichtet erfolgt: Von den insgesamt vorgesehenen 41,09 Mrd. Euro sind bislang rund 26 Mrd. Euro verplant.	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettdurchführung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

GE Bürokratierückbau BMI	BMI	Gesetz Bundesregierung	Abbau von Bürokratie: Praxis- und digitaltaugliche Ausgestaltung gesetzlicher Regelungen und Ermöglichung einer weiteren Automatisierung der Verwaltung.	Ja
Auslandseinsatz Bundeswehr: Anti-IS/ Irak-Stabilisierung	BMVg	Völkerrechtl. Vereinbarung	Ziel des deutschen Engagements ist es, durch einen vernetzten Ansatz zu einer umfassenden und nachhaltigen Stabilisierung der Region, insbesondere des ehemaligen Kerngebiets von IS im Irak beizutragen. Der deutsche militärische Beitrag dient dazu, in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungseingagements Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern.	Nein
GE Kassenpflicht	BMF	Gesetz Bundesregierung	Umsetzung Koalitionsvertrag zur Kassenpflicht.	Ja
GE Fondsrisikobegrenzung	BMF	Gesetz Bundesregierung	Umsetzung von Änderungen der EU-Investmentfondsrichtlinien (AIFMD, OGAW-Richtlinie); Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/2994 hinsichtlich der Behandlung des Konzentrationsrisikos.	Nein
Umgestaltung der Grundsicherung	BMAS	Gesetz Bundesregierung	Ziel ist es, die Grundsicherung noch konsequenter auf Vermittlung und Mitwirkung auszurichten. Gleichzeitig sollen diejenigen, bei denen die Lebenssituation schwierig und der Weg in Arbeit etwas länger ist, stärker unterstützt werden. Leistungen sollen nur diejenigen bekommen, die sie auch wirklich brauchen. Daher ist beispielsweise auch geplant, die Karenzzeit beim Vermögen abzuschaffen. Außerdem sollen die Jobcenter wirksamere Instrumente zur Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs erhalten.	Nein
5. GE Änd. Chemikalien	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient in erster Linie der Anpassung des Chemikaliengesetzes an die Verordnung (EU) 2024/573 über fluoridierte Treibhausgase (F-Gas-Verordnung) und die Verordnung (EU) 2024/590 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ODS-Verordnung). Hierzu werden u.a. Befugnisse zur Anordnung vorübergehender Verbote geschaffen, etwa für das Inverkehrbringen oder die Verwendung von fluoridierten Treibhausgasen und ozonschädigenden Stoffen bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen.	Nein
GE Kurzzeitvermietung- Datenaustausch	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Das Kurzzeitvermietung-Datenaustausch-Gesetz führt die Verordnung (EU) 2024/1028 über den Datenaustausch bei der kurzzeitigen Vermietung möblierter Unterkünfte, die über Online-Plattformen vermarktet werden, durch. Das Gesetz setzt die Vorgaben dieser EU-Verordnung 1:1 um, indem die Bundesnetzagentur als einheitliche digitale Zugangsstelle, als Nationaler Koordinator für Angelegenheiten der einheitlichen digitalen Zugangsstelle sowie als Durchsetzungsbehörde für Unternehmenspflichten nach der vorgenannten EU-Verordnung benannt wird.	Nein
7. MVO Änd. steuerliche Verordnungen	BMF	Ministerverordnung	Die in der Mantelverordnung zusammengefassten steuerrechtlichen Regelungen sind grundsätzlich technischer Natur und adressieren den sich regelmäßig ergebenden fachlichen Anpassungsbedarf in unterschiedlichen Verordnungen. Die Anpassungen umfassen insbesondere Änderungen von StBVV, DVStB, UStZustV, StIDV, LStDV, FzgLiefgMeldV, ErbStDV, KonsVerLUXDV, KonsVerNLDV, Notifizierungsverordnung DBA Litauen und BsGaV. Die Verordnung ist eine Verordnung der BReg und bedarf der Zustimmung des BRats.	Ja
Bericht Umsetzungsstand Investitionsgesetz Kohleregion 2025	BMWE	Bericht	Die Bundesregierung ist nach § 26 Abs. 2 – 4 InvKG verpflichtet jährlich zum 31.10. über den Umsetzungsstand des Investitionsgesetzes Kohleregion zu berichten.	Nein
2. GE Weiterentwicklung THG-Quote (Umsetzung RED III)	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Durch das Gesetz werden ambitionierte Quoten zum Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe und anderer erneuerbarer Energieerzeugnisse langfristig bis zum Jahr 2040 fortgeschrieben. Die THG-Quote soll nunmehr von allen Kraftstoffanbietern für alle Verkehrsbereiche zu erfüllen sein. Die gesonderte Quote für erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs im Flugverkehr wird ersetzt durch eine allgemeine Quote über alle Verkehrsbereiche. Die Quote für fortschrittliche Biokraftstoffe wird angehoben, die Doppelanrechnung entfällt. Erneuerbare Kraftstoffe sollen nur noch anrechenbar sein, wenn Vor-Ort-Kontrollen durch staatliche Kontrolleure möglich sind. Die Obergrenze für Biokraftstoffe aus Nahrungs- und Futtermitteln wird abgesenkt. Die Anrechnung von Sojaöl sowie Reststoffen der Palmölproduktion auf die THG-Quote wird sofort beendet.	Nein
Eckpunkte zum Aufbau einer Work- and-Stay-Agentur für Fachkräfteeinwanderung	BMAS	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Deutschland hat ein modernes Einwanderungsrecht. Einwanderungsverfahren sind jedoch aus Sicht von Arbeitgebern als auch Einwanderungsinteressierten weiterhin komplex, zu langsam und wenig transparent. Mit einer "Work-and-Stay-Agentur" werden die Prozesse der Erwerbsmigration zentralisiert, digitalisiert und optimiert.	Nein
4. GE Änd. Gemeindeverkehrsfinanzierung	BMV	Gesetz Bundesregierung	Im Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode (KoaV) ist vorgesehen, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) u.a. „für innovative Ansätze (zum Beispiel Magnetschwebbahn)“ (Zeilen 880-881) zu öffnen.	Ja
GE Änd. Umwelt-Rechtsbehelf	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf greift Änderungsbedarf u.a. aufgrund neuerer EuGH- und BVerwG-Rechtsprechung auf.	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettsbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

MVO AMG-Bundesoberbehörden-Effizienzsteigerung	BMG	Ministerverordnung	Verbesserung der Verfahrensabläufe zwischen BfArM und PEI; insbesondere durch eine beim BfArM anzusiedelnde Koordinierungsstelle.	Nein
MVO Verwaltungsentlastung Pass- und Ausweiswesen	BMI	Ministerverordnung	Die Kommunen sollen durch die Verbesserung von Verwaltungsverfahren und durch den Abbau von Bürokratie sowie durch die Senkung der von den Kommunen zu tragenden Kosten entlastet werden.	Ja
Berufsbildungsbericht 2025	BMBFSFJ	Bericht	Der Bericht enthält die wesentlichen Daten zur Ausbildungssituation und ihrer bildungspolitischen Bewertung sowie die daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen und Schwerpunkte für die Berufsbildungspolitik der nächsten Jahre. Er ist gem. § 86 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz bis zum 15. Mai eines jeden Jahres der Bundesregierung vorzulegen.	Nein
GE Digitalisierung Zwangsvollstreckung	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Mit dem Gesetzentwurf soll insbesondere erreicht werden, dass Zwangsvollstreckungsmaßnahmen künftig in mehr Fällen als bislang rein elektronisch beantragt werden können. Dadurch sollen sogenannte hybride Anträge reduziert werden, bei denen einem elektronischen Antrag der Vollstreckungstitel per Post hinterhergeschickt wird.	Nein
GE Stärkung digitale Ermittlungsbefugnisse zur Abwehr internationalen Terrorismus	BMI	Gesetz Bundesregierung	Digitale Ermittlungsbefugnisse zur automatisierten Datenanalyse und zum biometrischen Internetabgleich (hier: für Bundeskriminalamt zur Abwehr des internationalen Terrorismus).	Ja
GE Stärkung digitale Ermittlungsbefugnisse Polizei	BMI	Gesetz Bundesregierung	Digitale Ermittlungsbefugnisse zur automatisierten Datenanalyse und zum biometrischen Internetabgleich.	Nein
Masterplan Ladeinfrastruktur 2030	BMV	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Beim Masterplan Ladeinfrastruktur 2030 handelt es sich um eine ressortübergreifende Gesamtstrategie der Bundesregierung für die Beschleunigung und Vereinfachung des Ladeinfrastruktur-Ausbaus. Die Maßnahmen verfolgen das Ziel, die Investitions-, Nutzungs- und Rahmenbedingungen für das Laden aller Elektrofahrzeuge zu verbessern. Entsprechend wurde der Masterplan im Rahmen des „Autogipfels“ im Bundeskanzleramt am 09.10.2025 öffentlich angekündigt (vgl. PM zum „Autogipfel“). Mit dem Masterplan Ladeinfrastruktur 2030 leistet die Bundesregierung einen Beitrag, um die Rahmenbedingungen für den Aufbau von Ladeinfrastruktur zu verbessern und den Verbrauchern die komfortable Nutzung von Elektrofahrzeugen zu ermöglichen. Gleichzeitig trägt die Umsetzung der Maßnahmen dazu bei, die Vereinbarkeit von individueller Mobilität mit wirksamem Klimaschutz zu sichern und so den Automobilstandort Deutschland zu stärken.	Nein
GE Umsetzung EU-RL Industrieemissionen	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der novellierten Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen. Die Richtlinie enthält nun auch Regelungen zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Darüber hinaus setzt die novellierte IE-Richtlinie unter anderem auf eine bessere Information der Öffentlichkeit und effektivere Genehmigungen. Sie sieht zudem Erleichterungen für Unternehmen vor, die mit zukunftsweisenden, nachhaltigen Lösungen vorangehen.	Ja
Gedenkstättenkonzeption des Bundes	BKM	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes (GSK) legt die Grundlage für die Förderung des Bundes von Institutionen und Projekten zur Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur von gesamtstaatlicher Bedeutung. Im Entwurf zur Aktualisierung wird eine Bilanz der letzten 25 Jahre GSK gezogen, aktuelle Herausforderungen der Gedenkstättenarbeit benannt, die zukünftige Projektförderung an diese Herausforderungen angepasst und Entwicklungspotentiale aufgezeigt.	Nein
6. Geofortschrittsbericht	BMI	Bericht		Nein
28. Bericht Auswärtige Kulturpolitik 2024	AA	Bericht	Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Gesellschaftspolitik für das Jahr 2024 Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in seiner Entschließung vom 15. Juni 1994 (Drucksache 12/7890) aufgefordert, jährlich einen Sachstandsbericht zur Auswärtigen Kulturpolitik vorzulegen.	Nein
VO Änd. Emissionshandel 2030	BMUKN	Regierungsverordnung	Bei der Verordnung handelt es sich um eine Durchführungsverordnung zum Treibhausemissionshandelsgesetz (TEHG), mit der insbesondere eine Anpassung der Berichterstattungsregeln im EU-Emissionshandel (ETS-1 und ETS-2) erfolgt.	Nein
GE Leistungsrechtsanpassung (Rechtskreiswechsel)	BMAS	Gesetz Bundesregierung	Flüchtlinge mit Aufenthaltsrecht nach der Massenzustrom-Richtlinie, die nach dem 01.04.2025 eingereist sind, sollen wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, sofern sie bedürftig sind.	Ja
GE Änd. Behindertengleichstellung	BMAS	Gesetz Bundesregierung	Um auf mehr Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft hinzuwirken, sieht der Gesetzentwurf vor, den Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen spürbar zu verbessern, ohne dabei Unternehmen unverhältnismäßig zu belasten.	Nein
Transparenzbericht KKW-Rückbau 2024	BMWE	Bericht	Bericht der Bundesregierung über die finanzielle Vorsorge der Betreiber von Kernkraftwerken (KKW) für die Erfüllung ihrer Rückbauverpflichtungen. Grundlage des Berichts sind die Aufstellungen der Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen, die die KKW-Betreiber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) jährlich übermitteln sowie das Ergebnis der Prüfung dieser Angaben durch das BAFA.	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinetttbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

Weltraumsicherheitsstrategie	BMVg	Bericht	Ziel der Weltraumsicherheitsstrategie ist die Etablierung einer nationalen Weltraumsicherheitsarchitektur, die gesamtstaatlich eingebettet, in unsere Bündnisse integrierbar und geeignet ist, den Schutz und die Verteidigung von Weltraumsystemen sicherzustellen.	Nein
Rentenversicherungsbericht 2025	BMAS	Bericht	Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren.	Nein
Bericht des Bundeskriminalamtes nach § 88 Bundeskriminalamtgesetz (BKAG)	BMI	Bericht	Der Bericht gibt dem Deutschen Bundestag nach verschiedenen Kriterien einen Überblick über durchgeführte und abgeschlossene polizeiliche Maßnahmen.	Nein
Zeichnung Europaratsübereinkommen Schutz des Rechtsanwaltsberufs	BMJV	Völkerrechtl. Vereinbarung	Das Übereinkommen, das die Bundesregierung zu zeichnen beabsichtigt, hat den Schutz von Rechtsanwälten zum Ziel und soll die Unabhängigkeit der anwaltlichen Berufsausübung sichern. Es schafft erstmals einen gemeinsamen internationalen Standard, mit dem die herausgehobene Rolle der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte im Rechtsstaat völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben und gegen Angriffe abgesichert wird. Das Übereinkommen regelt zudem die beruflichen Rechte von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Anforderungen an Zulassungs- und Disziplinarverfahren, die Freiheit der Meinungsäußerung im beruflichen Kontext und die Verfahrensrechte von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die staatlichen Maßnahmen unterworfen sind. Gerade angesichts zunehmender Angriffe auf die unabhängige Rechtsanwaltschaft in einer Vielzahl von Staaten ist das Übereinkommen ein wichtiger Schritt, um Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte auch international besser zu schützen.	Nein
1. VO Änd. Chemikalien-Ozonschichtverordnung	BMUKN	Regierungsverordnung	Mit der Verordnung sollen die nationalen Vorgaben an die neue Verordnung (EU) 2024/590 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen (ODS-Verordnung), angepasst werden. Dies beinhaltet u.a. die Aufhebung nationaler Vorgaben zur Rückgewinnung von ozonschädigenden Stoffen oder zur Verhinderung des Austritts von ozonschädigenden Stoffen, soweit die neue ODS-Verordnung entsprechende Regelungen enthält.	Ja
VO Chemikalien-Klimaschutzverordnung	BMUKN	Regierungsverordnung	Mit der Verordnung sollen die nationalen Vorgaben an die neue Verordnung (EU) 2024/573 über fluoridierte Treibhausgase (F-Gas-Verordnung) angepasst werden, u.a. durch die Aktualisierung der Regelungen zum Erwerb von Sachkundebescheinigungen und die Ergänzung von Regelungen zu Auffrischkursen.	Ja
Absichtsnotifizierung zur Löschung von Emissionsberechtigungen	BMUKN	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Die Bundesregierung ist gemäß § 10 Absatz 5 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG) verpflichtet, Emissionszertifikate in dem Umfang zu löschen, in dem durch den Kohleausstieg zusätzliche Zertifikate auf den Markt gelangen. Die sogenannte Absichtsnotifizierung bildet die Grundlage für diese Löschung und muss im Jahr nach der Stilllegung der jeweiligen Anlage übermittelt werden.	Nein
GE Änd. Flaggen- und Schiffsregisterrecht	BMV	Gesetz Bundesregierung	Modernisierung des Flaggenrechts. Zu diesem Zwecke werden Zuständigkeiten klarer geregelt, Regelungen verständlicher gefasst und gestrafft, Regelungslücken geschlossen, veraltete und in der Praxis nicht mehr relevante Regelungen aufgehoben, Bürokratie zurück gebaut. Einige der Regelungen dienen darüber hinaus der Stärkung der deutschen Flagge und greifen diesbezügliche Forderungen aus der Wirtschaft auf. Mit einer Änderung des Schiffsregisterrechts soll es den Ländern ermöglicht werden, die Einsichtnahme in das Schiffsregister über ein elektronisches Abrufverfahren für jedermann zuzulassen (BMJV). Daneben erfolgen Änderungen im Seefischereigesetz (BMLEH).	Nein
EU-Mercosur Partnerschaftsabkommen	AA	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Das EU-Mercosur Partnerschaftsabkommen soll vorläufig angewendet und als gemischtes Abkommen von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet werden. Von Seiten der EU ist hierfür ein Beschluss des Rates der Europäischen Union erforderlich. Diesem Beschluss, sowie der Unterzeichnung durch DEU soll gem. §§ 33, 25 RvV das Kabinett zustimmen.	Nein
9. GE Änd. Steuerberatung	BMF	Gesetz Bundesregierung	Neuregelung der beschränkten und unentgeltlichen geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen, Neuregelung der Vorschriften über Lohnsteuerhilfevereine sowie weitere Änderungen im StBerG.	Ja
GE Satzungsänderung Asiatische Entwicklungsbank	BMZ	Gesetz Bundesregierung	Die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank - ADB) beabsichtigt, ihre Satzung zu ändern, um mittels eines modernen Risikomanagements ihre Ausleihkapazität zu erhöhen. Bei der ADB-Satzung handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der innerstaatliche Wirksamkeit durch ein Vertragsgesetz gemäß Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes erlangt hat. Daher ist auch für die Satzungsänderung ein Vertragsgesetz erforderlich.	Nein
GE Durchführung EU-VO über die Wiederherstellung der Natur	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient dem innerstaatlichen Vollzug der EU-Wiederherstellungsverordnung (Verordnung über die Wiederherstellung der Natur) und sieht flankierende Vorschriften zur Klarstellung der Zuständigkeitsaufteilung zwischen Bund und Ländern sowie von behördlichen Zuständigkeiten und zum Verfahren vor, insbesondere für die Aufstellung des nationalen Wiederherstellungsplans.	Ja

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettsbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

17. GE Änd. Luftverkehr	BMV	Gesetz Bundesregierung	Anpassung einer Vielzahl luftrechtlicher Vorschriften. Die geplanten materiell-rechtlichen Rechtsänderungen betreffen das LuftVG; z.B. eine Anpassung der Vorgaben bzw. Vorschriften zu/zur: • Umsetzung von Lärmschutzvorgaben (§§ 19b Absatz 1 Satz 6, 27c Absatz 6 neu, 29a Absatz 2, § 32b Absatz 1a neu LuftVG und §§ 25 Absatz 1 Satz 3, 58 Absatz 1 neu LuftVG); • Flughafenentgelte (§ 19b Absätze 2 bis 4 neu LuftVG); • Veröffentlichungsform von Flugverboten (§ 26a Abs. 4 LuftVG); • Löschrfrist für das Register über Betreiber von unbemannten Fluggeräten (§ 66a Absatz 9 Satz 1 LuftVG).	Ja
Unterzeichnung CIFOR-Abkommen	BMZ	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Das Zentrum für internationale Forstforschung (Center for International Forestry Research - CIFOR) beabsichtigt die Eröffnung einer Niederlassung in Bonn. Dazu soll zunächst ein Sitzabkommen mit CIFOR geschlossen und im Anschluss per Verordnung nach § 5 Gaststaatgesetz in Kraft gesetzt werden.	Nein
FH GEBT EU-VO Daten-Governance	BMDS	Gesetz Bundestag	Das Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnung 2018/1724 über europäische Daten-Governance, kurz Daten-Governance-Gesetz (DGG), implementiert die Vorgaben des Data Governance Acts (DGA) auf nationaler Ebene. Es zielt darauf ab, die Datenwirtschaft in Deutschland zu stärken und die Nutzung von Daten zu erleichtern. Ein wesentlicher Bestandteil des DGG ist die Etablierung der Bundesnetzagentur (BNetzA) als nationale Aufsichtsbehörde. Diese neue Rolle umfasst die Überwachung von Datenvermittlungsdiensten und datenaltuistischen Organisationen. Des Weiteren wird das Statistische Bundesamt (StBA) als zentrale Informationsstelle für die Weiterverwendung öffentlicher Daten eingerichtet. Das DGG enthält auch Regelungen für unionsrechtlich erforderliche Bußgeldtatbestände. Diese Regelungen sind notwendig, um die Einhaltung der Vorschriften des DGA sicherzustellen und Verstöße effektiv zu ahnden.	Ja
GE EU-VO Targeting politische Werbung	BMDS	Gesetz Bundesregierung	Der Entwurf des Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz (PWTG) dient der Durchführung der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (TTPW-VO), die bis zum 10. Oktober 2025 erfolgen muss. Die Verordnung soll potenziellen Wählerinnen und Wählern helfen zu erkennen, wer sie basierend auf welchen Daten und mit wessen Geld mit politischer Werbung anspricht. Sie enthält vor allem Vorschriften gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland bei Wahlen sowie über die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke politischer Werbung. Das PWTG enthält vor allem Regelungen für die Zuständigkeit von Bundesbehörden für die Durchsetzung der TTPW-VO (Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und Koordinierungsstelle für digitale Dienste in der Bundesnetzagentur) sowie die Zuständigkeit der Bundeswahlleiterin für die Übermittlung von Wahlterminen an die EU-KOM. Weiterhin enthält der Entwurf des PWTG Befugnisse der Behörden sowie Bußgeldtatbestände.	Nein
Deutsche Olympiabewerbung	BKAmt	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Kabinettsbeschluss zur Zeichnung einer politischen Vereinbarung seitens des Bundeskanzlers, daneben zeichnen die MP und Regierungschefs der am Bewerbungsprozess beteiligten Länder, Städte und Regionen (Berlin, Hamburg, München, Rhein-Ruhr) sowie der DOSB die Vereinbarung. Mit der Vereinbarung soll die politische Rückendeckung und Geschlossenheit für eine deutsche Bewerbung in Richtung Internationales Olympisches Komitees (IOC) und der deutschen Öffentlichkeit vor den anstehenden Bürgerreferenden unter der neuen BReg bekräftigt werden.	Nein
GE Schutz vor missbräuchlichen Gerichtsverfahren (Umsetzung Anti-SLAPP Richtlinie)	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Gerichte sollen bessere Möglichkeiten erhalten, mit sogenannten Einschüchterungsklagen umzugehen. Unter Einschüchterungsklagen werden unbegründete Klagen verstanden, die darauf abzielen, missliebige Beiträge zur öffentlichen Meinungsbildung zu unterdrücken. Sie richten sich zum Beispiel gegen Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Nichtregierungsorganisationen. Auf Englisch werden sie auch als SLAPP bezeichnet („Strategic Lawsuits Against Public Participation“). Der Gesetzentwurf geht zurück auf die Anti-SLAPP-Richtlinie der EU, die damit in das deutsche Recht umgesetzt werden soll.	Nein
GE Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf schafft die Voraussetzungen, dass Grundstückskaufverträge künftig komplett digital vollzogen werden können. Konkret geht es dabei um den Austausch von Dokumenten und Informationen zwischen Notaren, Gerichten und Behörden im Nachgang der Beurkundung eines Immobilienvertrags. Bislang findet dieser Austausch weitgehend postalisch statt. Künftig soll er vollständig elektronisch erfolgen. Gleiches soll für die gerichtliche Genehmigung eines notariellen Rechtsgeschäfts und für die Erfüllung steuerlicher Anzeigepflichten der Notare gelten. Entsprechende notarielle Rechtsgeschäfte können so schneller, effizienter und gleichwohl sicher durchgeführt werden.	Ja

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinetttbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

GE Elektronische Fußfessel im Gewaltschutz	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Häusliche Gewalt ist eine der häufigsten Formen von Gewalt in Deutschland, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Die Justiz soll daher neue Möglichkeiten an die Hand bekommen, um häuslicher Gewalt vorzubeugen und Verstöße gegen Schutzmaßnahmen zu sanktionieren. Dazu ist Folgendes vorgesehen: Die elektronische Aufenthaltsüberwachung soll im Gewaltschutzgesetz nach dem sog. Spanischen Modell (Familiengerichte verpflichten Gewalttäter zum Tragen einer elektronischen Fußfessel) verankert werden, der Strafrahmen für Zuwiderhandlungen nach dem Gewaltschutzgesetz soll auf Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe erhöht werden und es soll eine Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Teilnahme an sozialen Trainingskursen (sogenannte Täterarbeit) auch im Gewaltschutzgesetz normiert werden.	Nein
Änderung des Bundesjagdgesetzes	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient der Aufnahme des Wolfes ins Bundesjagdgesetz.	Ja
2. GE Änd. Tierhaltungskennzeichnung	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient der inhaltlichen Anpassung, damit die Umsetzung in der Praxis für alle Beteiligten der gesamten Wertschöpfungskette möglichst vereinfacht wird.	Nein
Änderung des Düngegesetzes	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient u.a. der Verankerung der Ermächtigungsgrundlage für ein Wirkungsmonitoring.	Ja
Dezember				
GE Verhinderung missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft	BMI	Gesetz Bundesregierung	Reformierung der bestehenden Regelungen.	Nein
RegVO Weiterführung Papierakten	BMJV	Regierungsverordnung	Ab dem 1. Januar 2026 gilt grundsätzlich die Pflicht zur elektronischen Aktenführung in Straf- und Bußgeldverfahren. Die Bundesregierung und die Landesregierungen sollen durch eine derzeit noch im parlamentarischen Verfahren befindliche Regelung die Möglichkeit erhalten, die Aktenführung abweichend bis zum 31. Dezember 2026 in Papierform zu ermöglichen. Mit der Regierungsverordnung soll die Ermächtigung an die zuständigen Ministerien delegiert werden, die dann eigene Regelungen für ihren Bereich erlassen können.	Nein
7. Armuts- und Reichtumsbericht	BMAS	Bericht	Bericht der Bundesregierung zu Armut, Reichtum sowie den zentralen Lebenslagen in Deutschland. Der Bericht soll dem Bundestag einmal in der Legislaturperiode vorgelegt werden. Der Koalitionsvertrag sieht vor, den 7. ARB bis Jahresende 2025 zu verabschieden.	Nein
3. Bericht der BReg zum Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder (GaFöG-Bericht)	BMBFSFJ	Bericht	Der Bericht stellt den Ausbaustand ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter im Schuljahr 2023/24 dar und berechnet auf prognostizierten Elternbedarfen die Spannbreite der zukünftig benötigten Ganztagsplätze.	Nein
Bericht BReg an KOM nach Art. 13 FÜPo RL	BMBFSFJ	Bericht	Nach Art. 13 Führungspositionen-Richtlinie (FÜPo RL) sollen bis zum 29. Dezember 2025 und anschließend alle zwei Jahre die Mitgliedstaaten der Kommission einen Bericht über die Umsetzung dieser Richtlinie übermitteln. Mit der Richtlinie wird das Ziel verfolgt, eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern unter den Direktoren börsennotierter Gesellschaften zu erreichen.	Nein
GE Umweltverträglichkeitsprüfung	BMUKN	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient der Freistellung von Bagatelländerungen klimaschützender Vorhaben von der UVP-Vorprüfung. Zudem ist eine dauerhafte Speicherung von Daten der UVP-Portale zum Ausbau des Umweltdatenportals umwelt.info vorgesehen.	Ja
GE Weiterentwicklung Digitalisierung Migrationsverwaltung	BMI	Gesetz Bundesregierung	Optimierung von Prozessen und Verbesserung des Datenaustausches.	Ja
VO Festlegung JEM 2031 bis 2040	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung dient der nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) vorgesehenen Festlegung spezifischer Jahresemissionsmengen (JEM) für die einzelnen Sektoren für die Jahre 2031 bis 2040.	Nein
VO Anpassung JEM (Unterschreitung 2024)	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung dient der Anpassung der Jahresemissionsmengen an die Unterschreitung der Jahresemissionsgesamtmenge 2024.	Nein
VO Minderungsziele JEGM 2031 bis 2040	BMUKN	Regierungsverordnung	Die Verordnung dient der nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) vorgesehenen Überführung der nationalen Minderungsziele für die Jahre 2031 bis 2040 in Jahresemissionsgesamtmengen.	Nein
GE DEU-CZE Grenzvertrag 2025	BMI	Gesetz Bundesregierung	Das Gesetz setzt den völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Grenze um.	Ja
GE Ökodesign	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Neuerlass des Ökodesigngesetzes (zur Ablösung EVPG - Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte) und Novellierung EnVKG (Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz) sowie deren Verordnungen zur Anpassung an	Ja

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinetttbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

			geänderten EU-Rechtsrahmen (inkl. ESPR - Europäische Verordnung zur Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte), u.a. um Marktüberwachung zu modernisieren.	
GE Änd. Gewerbeordnung	BMWE	Gesetz Bundesregierung	Vorhaben soll dem am 03.10.2024 eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2024/2222 wegen Falschumsetzung der Versicherungsvertriebsrichtlinie (EU) 2016/97 abhelfen. Alle Kritikpunkte der KOM sollen behoben sowie redaktionelle Änderungen aufgenommen werden.	Nein
GE Apothekenreform	BMG	Gesetz Bundesregierung	Mit den vorgesehenen Maßnahmen werden öffentliche Apotheken vor allem im ländlichen Raum gestärkt und Apothekerinnen und Apotheker können durch Bürokratieabbau ihre Versorgungsaufgaben mit mehr Eigenverantwortung und Flexibilität wahrnehmen. Zudem erhalten öffentliche Apotheken weitere Aufgaben in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Im Ergebnis soll dadurch die Wirtschaftlichkeit der Apotheken verbessert und ein flächendeckendes Netz an Präsenzapotheken weiterhin erhalten bleiben.	Nein
Infrastruktur-Zukunftsgesetz	BMV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf enthält Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Verkehrsinfrastrukturprojekten.	Ja
Eckpunkte zum Frühstart-Rentengesetz	BMF	Sonstige Vorhaben	Eckpunkte zum GE Frühstartrente - parallel erfolgt die Ausarbeitung des Referentenentwurfs.	Offen
GE Zollmodernisierung	BMF	Gesetz Bundesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und zur Stärkung sicherheitsbehördlicher Aufgaben der Zollverwaltung	Offen
GE Änd. Wissenschaftsfreiheitsgesetz	BMFTR	Gesetz Bundesregierung	Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode heißt es in den Zeilen 2578 ff.: „Das Besserstellungsverbot für gemeinnützige Forschungseinrichtungen flexibilisieren wir und novellieren dazu das Wissenschaftsfreiheitsgesetz.“	Nein
GE Neuordnung anwaltliches Berufsrecht	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Verschiedene Regelungen im Berufsrecht der rechtsberatenden Berufe sollen neu strukturiert, vereinheitlicht und verständlicher gestaltet werden. Erfasst von der Neuordnung sind vor allem Regelungen für die aufsichtsrechtliche Tätigkeit der Anwalts- und Steuerberaterkammern und zur ehrenamtlichen Tätigkeit bei den Berufsgerichten. Zudem sieht der Entwurf Erleichterungen und erweiterte Möglichkeiten bei der Zulassung vor. Schließlich soll der Verbraucherschutz im Inkassorecht gestärkt werden.	Nein
GE Modernisierung des Produkthaftungsrechts	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Wer durch ein fehlerhaftes Produkt einen Sachschaden oder eine Körperverletzung erleidet, soll es künftig in vielen Fällen einfacher haben, Schadensersatz vom Hersteller zu erlangen. So sollen die Regeln über die sogenannte Produkthaftung ausgeweitet werden. Künftig sollen diese Regeln generell auch für Schäden gelten, die durch fehlerhafte Software verursacht wurden, einschließlich KI-Software. Relevant werden kann dies etwa bei Unfällen mit autonom fahrenden Fahrzeugen. Darüber hinaus soll die gerichtliche Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz aber auch generell erleichtert werden. So soll es Beweiserleichterungen für geschädigte Personen geben. All das sieht der Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vor. Mit dem Entwurf sollen Vorgaben der neuen EU-Produkthaftungsrichtlinie ins deutsche Recht umgesetzt werden.	Nein
Beschluss klimaneutral organisierte Bundesverwaltung	BMUKN	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Es handelt sich um den Beschluss der Bundesregierung gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 des Bundes-Klimaschutzgesetzes zu Maßnahmen zur Verwirklichung des Zieles, die Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu organisieren.	Nein
Stadtentwicklungsbericht 2025	BMWSB	Bericht	Der Deutsche Bundestag hat mit Beschluss vom 15. Juni 2005 die Bundesregierung aufgefordert, dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre über die Stadtentwicklung in Deutschland zu berichten. Auch für das Jahr 2025 veröffentlicht die Bundesregierung einen Stadtentwicklungsbericht und stützt sich dabei auf die Grundlagenforschung des BBSR.	Nein
Gesetz zur nationalen Durchführung der EU-KI-Verordnung (AI-Act)	BMDs	Gesetz Bundesregierung	Das geplante Vorhaben umfasst die Umsetzung des Gesetzes zur nationalen Durchführung der EU-KI-Verordnung (AI-Act) in Deutschland. Die EU-KI-Verordnung (KI-VO) hätte bis zum 2. August 2025 vollständig in nationales Recht überführt werden müssen. Hierzu gehört die Schaffung einer geeigneten Behördenstruktur, die mindestens eine Marktüberwachungsbehörde und eine notifizierende Behörde umfasst. Diese Behörden sollen die Einhaltung der KI-VO sicherstellen und die notwendigen Überwachungs- und Genehmigungsprozesse durchführen sowie innovationsfördernde Aufgaben bekommen (z.B. KI- Reallabore einzurichten). Zudem wird die Festlegung von Bußgeldvorschriften vorgesehen, um Verstöße gegen die KI-VO effektiv ahnden zu können.	Nein
Erfahrungsbericht der BReg zum Bundesgleichstellungsgesetz	BMBFSFJ	Bericht	Bericht zu Maßnahmen zur Erreichung der paritätischen Teilhabe von Frauen an im öffentlichen Dienst des Bundes.	Nein
Gremienbericht der BReg zum Bundesgremienbesetzungsgesetz	BMBFSFJ	Bericht	Gremienbericht der BReg zum Bundesgremienbesetzungsgesetz	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinetttbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

24. Bericht nach § 35 BAFöG	BMFTR	Bericht	Nach § 35 BAFöG sind die Leistungsparameter des Gesetzes alle zwei Jahre zu überprüfen und durch Gesetz gegebenenfalls neu festzusetzen. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat über die Prüfung zu berichten. Dabei ist der Entwicklung der Einkommensverhältnisse und der Vermögensbildung, den Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie der finanzwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung hat hierüber dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat zu berichten. Dies ist zuletzt durch den 23. Bericht vom 13.12.2023 erfolgt.	Nein
Bericht internationale Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2023–2024	BMFTR	Bericht	Gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. März 2015 (BT-Drs. 18/4423) legt das Bundesministerium für Bildung und Forschung seit 2017 alle zwei Jahre einen Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung vor, der umfassend über die internationale Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung der Ressorts und der Wissenschafts- und Mittlerorganisationen informiert. Der fünfte, hiermit vorgelegte Bericht umfasst den Berichtszeitraum 2023–2024.	Nein
Stellungnahme zum EFI-Bericht	BMFTR	Bericht	Die unabhängige Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) legt regelmäßig Berichte zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Die Bundesregierung nimmt zu dem Gutachten der EFI Stellung.	Nein
GE Umsetzung RL Standard für Gleichbehandlungsstellen (Equality bodies)	BMBFSFJ	Gesetz Bundesregierung	Umsetzung der EU-Richtlinien über Standards der Gleichbehandlungsstellen (Equality bodies), damit einhergehend Stärkung der ADS und Modernisierung des AGG.	Nein
Spitzensportfördergesetz	BKAmt	Gesetz Bundesregierung	Das Gesetz zur Regelung der Förderung des Spitzensports und Errichtung der Sportagentur (Sportfördergesetz – SpoFöG) ist ein Stammgesetz, das sich in vier Abschnitte gliedert. Der erste Abschnitt beinhaltet allgemeine Bestimmungen zur Zielsetzung der Spitzensportförderung des Bundes. Im zweiten Abschnitt ist die Sportförderung des Bundes geregelt. Hier steht eine für alle Förderbereiche geltende allgemeine Bestimmung den Regelungen zu den einzelnen Förderbereichen voran. In Abschnitt drei ist die Errichtung einer Sportagentur in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Stiftung geregelt. Diese soll künftig in wesentlichen Bereichen die Förderung übernehmen. Der vierte Abschnitt enthält Übergangs- und Schlussbestimmungen.	Nein
Änderung des Tierschutzgesetzes	BMLEH	Gesetz Bundesregierung	Dient der Einführung einer verpflichtenden Videoüberwachung an Schlachthöfen.	Ja
Januar				
Zustimmung zur Unterzeichnung des Völkerrechtlichen Vertrags zur Schließung von Statuslücken bei Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in den ostdeutschen Bundesländern	AA	Sonstiger Kabinettsbeschluss	Der Einigungsvertrag bestimmt, dass das NATO-Truppenstatut nicht im Beitrittsgebiet gilt. Das verursacht Rechtsunsicherheit, weil das NATO-Truppenstatut die zentrale Statusfragen für Truppen aus NATO-MS in anderen NATO-MS regelt. Bis 1998 hat DEU mit allen damaligen NATO-MS bis auf ISL Verträge geschlossen, die deren Truppen im Beitrittsgebiet denselben Status wie in Westdeutschland geben, nämlich den nach dem NATO-Truppenstatut. Das Übereinkommen soll diese Regelung wiederholen und mit allen NATO-MS geschlossen werden, die seit 1998 der Allianz beigetreten sind.	Nein
GE Stärkung Genossenschaftsrecht	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Mit dem Gesetzentwurf sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften verbessert werden. Die neuen Regelungen sehen insbesondere vor, die Digitalisierung bei Genossenschaften zu fördern, die genossenschaftliche Rechtsform attraktiver zu gestalten und zugleich ihre missbräuchliche Verwendung zu verhindern. Insbesondere die Gründung einer Genossenschaft soll beschleunigt werden.	Nein
Zeichnung Rechtshilfeübereinkommen Deutschland und Vereinigte Arabische Emirate	BMJV	Völkerrechtl. Vereinbarung	Das Rechtshilfeabkommen soll die justizielle Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten auf eine völkervertragliche Grundlage stellen und damit die Erledigung wechselseitiger Ersuchen erleichtern. Es betrifft die „sonstige Rechtshilfe“ bei Ermittlungen, Strafverfolgungsmaßnahmen und gerichtlichen Verfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten. Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind insbesondere Auslieferungen und die Überstellung verurteilter Personen zur Strafvollstreckung.	Nein
GE Umsetzung RL Umweltstrafrecht	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Mit dem Gesetzentwurf soll die neue europäische Richtlinie zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt in deutsches Recht umgesetzt werden. Ziel der Richtlinie ist es, Umweltkriminalität wirksamer zu bekämpfen. Die Richtlinie sieht neue Straftatbestände vor und trägt der zunehmenden Bedeutung des grenzüberschreitenden Umweltschutzes Rechnung. Das deutsche Umweltstrafrecht enthält bereits viele Elemente, die den Vorgaben der Richtlinie entsprechen. Dennoch folgt aus den europäischen Vorgaben Umsetzungsbedarf in mehreren Gesetzen und Verordnungen.	Nein
GE Umsetzung RL Menschenhandel	BMJV	Gesetz Bundesregierung	Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben im Bereich der strafrechtlichen Verfolgung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung und sieht dazu eine grundlegende Überarbeitung und Neufassung der entsprechenden strafrechtlichen Regelungen im Strafgesetzbuch vor. Der Tatbestand der Zwangsprostitution soll mit den überarbeiteten Regelungen zur sexuellen Ausbeutung im 13. Abschnitt des Strafgesetzbuches (Straftaten gegen die sexuelle	Nein

Ausblick auf anstehende Vorhaben der Bundesregierung in den nächsten drei Monaten

Hinweis: Aufgeführt sind Vorhaben mit voraussichtlicher Kabinettsbehandlung in den genannten Monaten. Die Planungsstände der Ressorts können sich jederzeit ändern.

			Selbstbestimmung) zusammengeführt werden. Im Zuge der Neufassung der Tatbestände werden auch die zur Umsetzung der Änderungsrichtlinie Menschenhandel notwendigen Änderungen vorgenommen, nämlich die Ausweitung des Menschenhandelstatbestands auf neue Ausbeutungsformen sowie die Einführung einer Nachfragestrafbarkeit für alle Formen des Menschenhandels.	
--	--	--	--	--